

Märker Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Merba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Merba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostsparkasse Merba — Bankverein Artern.

Nr 26

Donnerstag, den 1. März 1928

41. Jahrgang

Deutlicher Wink.

Zum Weis man weißens, was der Reichstag in den kommenden Wochen noch an Schlußarbeiten erleben muß, ehe er auseinandergeht. Das Programm ist angelegt, aber die große Frage bleibt immer übrig, ob dieses wichtige Programm abgelehnt werden wird. Man liegt auf der Hand, daß es nicht anders sein kann, als daß man den parteipolitischen Gegner irgendwie eine schwache Seite abgewinnen kann, um bei der künftigen Wahl das Rennen zu machen. In Vertretung des erkrankten Reichstagspräsidenten hat am Montag der Vizekanzler Hergt das Programm entwickelt, das vom Reichstag und vom Reichsrat noch erledigt werden soll, ehe man zur Aufstellung des Reichstages und zu Neuwahlen schreitet. Dieses Arbeitsprogramm interessiert aber weit mehr als die Befristung, daß sich in die Erledigung der vorgezeichneten Arbeit die Auflösung des Reichstages anschließen soll. Namens der Reichsregierung erklärte der Vizekanzler, daß in jedem Falle die Neuwahlen in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfinden sollen, und der Reichstag muß sich infolgedessen beeilen, das zu erledigen, was man ihm als Arbeitsprogramm vorgelegt hat. Die Regierung hat nunmehr verständlich mitgeteilt, daß dieses Programm ein einheitliches Ganzes ist, das in einem Zuge verwirklicht werden muß. Man ist also zu der Auffassung zurückgekommen, daß der Reichstag und der Reichsrat für 1927, der die finanzielle Unterlage für das landwirtschaftliche Programm enthält, ebenso ohne jede Abänderung wesentlicher Art angenommen werden muß wie das Kleinrentnerverordnungs- und das Liquidationschindenschußgesetz. Beide Teile des deutschen Volkes würden also von dem Inhalt dieses Programms sehr wesentlich beeinflußt, und es blieb nicht unbedeutend, daß es in der Regierungserklärung hieß: „Die Gerechtigkeit verlangt es, daß jede dieser Bevölkerungsgruppen die ihr zugemessenen Leistungen zu dem mit denen der übrigen unverzinst erhalten; durch Erweiterung des Gesamtschuldensystems nicht einbüßen werden.“

Angesichts der völlig ungetrübten parlamentarischen Lage — der Führer des Zentrums z. B. erklärte, daß er im Gegensatz zu der Ansicht der Regierung das Kabinett nicht mehr als ein ordnungsgemäßes, sondern nur als ein geschäftsführendes betrachte — vermag man heute noch nicht zu sagen, wie nun die Einzelheiten der dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe aussehen werden. Namentlich die sozialpolitischen Vorstöße werden vielleicht noch große Erweiterungen erfahren, aber über das Liquidationschindenschußgesetz scheint man sich doch ziemlich geeinigt zu haben. Immer vorausgesetzt, daß die Opposition nicht alle diese Wägen in die Luft jagen will. Aber man hat den Eindruck, daß eigentlich keine Partei ein Mißtrauen übernehme will. Vor allem nicht etwa das Scheitern des Programms für die Landwirtschaft bereut. Der Vizekanzler wies darauf hin, daß die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft bei der Aufstellung des Etats für 1928 zwar bekannt waren, aber in den letzten Monaten die Dinge sich sehr wohl zurechtgerichtet haben. Bei rascher Durchführung der geplanten Maßnahmen werden bringende Notstände ein sofortiges Einsetzen öffentlicher Mittel erforderlich machen; als Notfonds hierfür werden 30 Millionen bestimmt, die gleichfalls durch den Etat 1928 zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn nun wirklich im Reichstag Schwierigkeiten sich ergeben sollten, die geplanten Maßnahmen für die Landwirtschaft, die Kleinrentner, die Invaliden, die Liquidationsgeschädigten usw. durchzuführen, wenn die Opposition oder Teile der Regierungsparteien die Erledigung des Programms in dem von der Regierung gewollten Sinne behindern, so wird man doch nach den Andeutungen der Regierungserklärung damit rechnen können, daß dieses Arbeitsprogramm auf einem andern, einem außerparlamentarischen Wege durchgeführt wird. Denn die Not ist zu dringend, als daß parlamentarische Zwistigkeiten Gewicht genug hätten, hemmend oder entscheidend zu wirken.

Der Vizekanzler hat auf eine Anfrage hin erklärt, daß der Weg der Vermittlung zunächst allerdings nur in Frage komme bei der Änderung der Reichsgrundätze für die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge. Das ist nun ein Wink, aber einer, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Es ist schließlich wünschenswert, daß der Reichstag, auch wenn er sich zum Sterben ansetzt, noch bis zum letzten Augenblick praktische, lebensnotwendige Arbeit leistet, als daß über die Lebensversicherungen hinweg parteipolitische Interessen ein ebenso böses wie überflüssiges Spiel treiben.

Die Genfer Märztagung vor dem Reichskabinett.

Vorbereitungen an der Riviera.
Die deutsche Delegation, die das Reich auf der kommenden Wärscher Tagung in Genf vertreten wird, wird am Sonntag in Genf zusammenreffen. Staatssekretär von Schubert hat vor den Mitgliedern des Reichskabinetts einen Vortrag über die Probleme gehalten, die in Genf vorzuzuführen sind. Er hat sich dabei auf die Verhandlungen am Sonntag abend in der Riviera bezogen, die von dem Reichskabinett für die Genfer Tagung in Genf vorgesehen sind. Er hat sich dabei auf die Verhandlungen am Sonntag abend in der Riviera bezogen, die von dem Reichskabinett für die Genfer Tagung in Genf vorgesehen sind.

nach Genf fahren. Dort wird Dr. Stresemann am Sonntag eintreffen.
Von Paris reist Außenminister Briand am nächsten Sonntag nach Genf zur Tagung des Wärscher Bundesrates ab. Er wird dabei zum erstenmal auch vom Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Pöhlmann begleitet sein. Auch der englische Außenminister Chamberlain wird voraussichtlich wieder an der Genfer Tagung teilnehmen.

Der deutschen Delegation gehören an Ministerialdirektor Gaus, der bereits in Genf weilte, ferner Geheimrat von Drilling, die Ministerialdirektoren Müller und Heßlin, Geheimrat Weizsäcker, der bereits an den Beratungen der Sicherheitskommission teilgenommen hat, wird voraussichtlich ebenfalls während der Wärscher Tagung in Genf bleiben. Außer den genannten Herren werden die zuständigen Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes zugezogen werden. Im Bedarfsfalle ist vorgesehen, daß weitere Herren aus Berlin berufen werden.

Neue französische Manöver?

Graf Bernstorff in Genf.
Der deutsche Delegierte in der vorbereitenden Wärscher Kommission, Graf Bernstorff, ist in Genf eingetroffen, um dem Ablauf der Verhandlungen des Sicherheitsausschusses beizuwohnen. Graf Bernstorff wird während der Tagung des Wärscher Bundesrates in Genf bleiben, um mit Außenminister Dr. Stresemann im Hinblick auf die Bedeutung der kommenden Tagung der Wärscher Kommission diese Fühlung zu nehmen und Ausreden abzuholen zu können.

In Wärscher Kreisen sind wiederum Gerüchte im Umlauf, nach denen eine Vertagung der am 15. März beginnenden Session der vorbereitenden Wärscher Kommission erwogen wird. Es dürfte sich hierbei um Verweise von französischer Seite handeln, die seit längerer Zeit im Gange sind. Bekanntlich wird von französischer Seite die Weiterführung der Wärscher Verhandlungen von dem Gang der Sicherheitsverhandlungen abhängig gemacht und hierbei erklärt, eine Förderung der Wärscher Arbeiten sei ohne die Schaffung der notwendigen Sicherheitsgarantien nicht denkbar. Hierbei dürften jedoch die bevorstehenden französischen Wahlen eine Rolle spielen. Es erwartet, daß die französische Delegation in der Wärscher Kommission, Paul-Boncour, infolge der eingehenden Wärscher Propaganda an der Vertagung in der Wärscher Kommission beschädiigt ist und infolgedessen von französischer Seite eine Vertagung der Wärscher Verhandlungen angestrebt werde.

Gegenüber diesen Versehen wird jedoch von deutscher Seite entsprechend der deutschen Auffassung mit großer Nachdruck eine sofortige und sachliche Weiterführung der Wärscher Arbeiten gefordert werden müssen. Die Wärscher Aufgabensätze des Wärscher Bundes sind nach den Bestimmungen des Wärscher Bundes in keinerlei sachlichem Zusammenhang mit der Schaffung irgendwelcher neuer Garantien und muß mit diesen auch nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Genfer Aussprache über die Sicherheitsverträge.

Einige der deutschen Vertreter.

Das vorbereitende Sicherheits- oder Wärscher Komitee beendete die Aussprache über die Sicherheitsfrage. Der schwedische Delegierte ist dagegen, daß die Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung in Regionalpaktien auch gegen dritte außerhalb des Regionalpakties stehende Staaten gelten soll, da sich sonst die Pakte zu Zersplitterungen alten Systems entwickeln könnten. Schweden liegt sich in dieser Hinsicht vollkommen der Auffassung Englands, Deutschlands und Hollands an. Auf eine Rede des rumänischen Vertreters, der besonderen Wert auf die Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung legt und die Erklärung des schwedischen Delegierten, die allein den Maßstab für die Wärscher Arbeit konstituiert, ist es unmöglich bezeichnet hat, erwiderte der deutsche Delegierte:

Herr von Simion,

daß er die Schwarzweilerei des rumänischen Vertreters für unbedeutend halte. Er widerpreche durchaus der Auffassung, daß ohne meßbare Garantien die Wärscher Arbeit nicht möglich sei. Er sei auch nicht gegen Regionalverträge mit dieser Verpflichtung, wohl aber müsse er die Auffassung zurückweisen, daß das Sicherheitskomitee nichts erreicht haben würde, wenn solche Verträge mit Einschluß der gegenseitigen Hilfeleistung nicht aufgestellt werden könnten. Er erinnerte schließlich an den starken Eindruck, den die Erklärung des schwedischen Delegierten im Sicherheitsausschuss unlangst gemacht habe, daß es in Südamerika nur Lichtungstrippatte mit Einschluß der Verpflichtung zur friedlichen Regelung aller Streitigkeiten gebe, aber ohne irgendeine Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung.
Dann wurde die Aussprache über die regionalen Verträge abgeschlossen. Ein Resolutionsschluß wird in den nächsten Tagen die Vertragsentwürfe für Schweden und Vergleichsverträge, für regionale Sicherheitsverträge und außerdem verschiedene Entschuldigungsanträge und Empfehlungen ansprechen, zu deren Beratung der Vollschluß am Freitag wieder zusammenkommen wird. Nach Auffassung des Vorigen den Bescheid kann die Tagung des

Sicherheitskomitees am Sonntagabend noch vor Beginn der Wärscher Tagung abgeschlossen werden.

Die Resolutions des Reichstages.

(387. Sitzung) OB Berlin, 27. Februar.
Trotz der in letzter Zeit fast sichtbar zunehmenden Arbeitslosigkeit des Reichstages hatten sich die Vorkommnisse heute in stattlicher Anzahl eingestellt. Stand doch die Entgegennahme der Regierungserklärung über das Arbeitsprogramm, mit dem der fortgesetzte Reichstag seine Lebensdauer beenden soll, auf der Tagesordnung. Vizekanzler Dr. Hergt unterzog sich nach einigen einleitenden Worten über den erstfrankten aber auf dem Wege der Befragung befindlichen Reichstagspräsidenten Dr. Marx der Aufgabe, Bericht abzugeben über die von dem Reichstagspräsidenten Dr. Marx, „voll und ganz“ mit dem nun bis auf das letzte Teilstück der Tagung des Arbeitsprogramms einberufenen Reichstag. Das Hans enthielt mit „Aufsicht“ auf die Sachverhalte der bisherigen Verhandlungen des Reichstages, so jedoch bei den Worten von dessen wärscher Einberufung doch hier und da spezielle Wärscher. Die Vorlage der Regierung bewegt sich im großen und ganzen in den schon bekannten Linien. Bemerkenswert war aber die mit großer Bestimmtheit vom Vizekanzler ausgesprochene Erklärung, das Arbeitsprogramm sei als unteilbares Ganzes zu betrachten und würde auch nur so von der Regierung entgegengenommen werden. Erhöht sich schon hier Widerspruch, besonders der der bisherigen Opposition, so mußte Dr. Hergt scharfe ironische Zurufe entgegennehmen, als er davon sprach, die Regierung betrachte sich durchaus nicht als eine nur geschäftsmäßige, sondern sie präferiere sich als durchaus ordnungsgemäß und auf dem richtigen Wege des Reiches. Das sei die Auffassung des Reichstages. Das Hans schloß hier wurde ebenfalls erhoben bei den Beratungen für die Landwirtschaft und ihre Gegenüberstellung zum Ausbau der Sozialfürsorge. Präsident Lohne wies einen der oben genannten, die dem Vizekanzler zuzurechnen, er solle doch mit dem Schluß einer geschäftsmäßigen Arbeit für die notwendigen Kleinstrentner und Invaliden aufhören und die dafür angelegten Mittel auch noch den Sozialversicherungen überweisen, wiederholt zur Ordnung rufen. Ganz anhaltende Bewegung erlosch auch auf den Vorkommnissen, als der Reichstagspräsident die notwendige Befristung der Gesetzgebung für die 30.000.000.000.000 im Jahre beendete. Wir der Ansicht, Ende Mai werden die Reichstagsarbeiten vor sich gehen können, falls das Arbeitsprogramm bis dahin erledigt wäre, folgte der Vizekanzler.

In der beginnenden Aussprache kam zuerst der Sozialdemokrat Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, an die Reihe. Er gedachte der von dem künftigen Reichstagspräsidenten Dr. Marx, „voll und ganz“ mit dem nun bis auf das letzte Teilstück der Tagung des Arbeitsprogramms einberufenen Reichstag. Das Hans enthielt mit „Aufsicht“ auf die Sachverhalte der bisherigen Verhandlungen des Reichstages, so jedoch bei den Worten von dessen wärscher Einberufung doch hier und da spezielle Wärscher. Die Vorlage der Regierung bewegt sich im großen und ganzen in den schon bekannten Linien. Bemerkenswert war aber die mit großer Bestimmtheit vom Vizekanzler ausgesprochene Erklärung, das Arbeitsprogramm sei als unteilbares Ganzes zu betrachten und würde auch nur so von der Regierung entgegengenommen werden. Erhöht sich schon hier Widerspruch, besonders der der bisherigen Opposition, so mußte Dr. Hergt scharfe ironische Zurufe entgegennehmen, als er davon sprach, die Regierung betrachte sich durchaus nicht als eine nur geschäftsmäßige, sondern sie präferiere sich als durchaus ordnungsgemäß und auf dem richtigen Wege des Reiches. Das sei die Auffassung des Reichstages. Das Hans schloß hier wurde ebenfalls erhoben bei den Beratungen für die Landwirtschaft und ihre Gegenüberstellung zum Ausbau der Sozialfürsorge. Präsident Lohne wies einen der oben genannten, die dem Vizekanzler zuzurechnen, er solle doch mit dem Schluß einer geschäftsmäßigen Arbeit für die notwendigen Kleinstrentner und Invaliden aufhören und die dafür angelegten Mittel auch noch den Sozialversicherungen überweisen, wiederholt zur Ordnung rufen. Ganz anhaltende Bewegung erlosch auch auf den Vorkommnissen, als der Reichstagspräsident die notwendige Befristung der Gesetzgebung für die 30.000.000.000.000 im Jahre beendete. Wir der Ansicht, Ende Mai werden die Reichstagsarbeiten vor sich gehen können, falls das Arbeitsprogramm bis dahin erledigt wäre, folgte der Vizekanzler.

Und so ging das Angebot der Redner weiter. Die letzten werden wohl erst morgen oder übermorgen ihre Prüfungen haben. Man kann nicht behaupten, daß heute noch alles deutlich ist, was sich in der nächsten Zeit ereignen wird. Aber das ist ein Wink der Unmöglichkeit.

Und so ging das Angebot der Redner bis zum Schluß der allgemeinen Aussprache weiter.
Bei den Bestimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichstagsverwaltung ist ein kommunisistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in Wärscher gegen die Sinne und die völkischen Gruppen abgelehnt.
Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunisistische Mikroschulwesen gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt.

Fürst Lichnowsky gestorben.

Der deutsche Kriegsbotschafter in London.
Der frühere deutsche Botschafter in London, Fürst Karl Max v. Lichnowsky, ist an seinem Schlaganfall (Schleifen) im Alter von fast 68 Jahren gestorben.



Leipziger Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben in Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Nebleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nebleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nebleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 10 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 26

Donnerstag, den 1. März 1928

41. Jahrgang

Deutlicher Wink.

Nun weiß man wenigstens, was der Reichstags in den kommenden Wochen noch an Schulartikeln erledigen muß, ehe er auseinandergeht. Das Programm ist entworfen, aber die große Frage bleibt immer übrig, ob wirklich dieses Programm abgelehnt werden wird. Man liegt auf der Saue, pflügt eifrig danach aus, wie man dem parteipolitischen Gegner irgendwie eine schwache Seite abgewinnen kann, um bei der künftigen Wahl das Rennen zu machen. In Vertretung des erkrankten Reichsanwalters hat am Montag der Vizekanzler Herrig das Programm entwickelt, das vom Reichstag und vom Reichsrat noch erledigt werden soll, ehe man zur Aufhebung des Reichstages und zu Neuwahlen schreitet. Dieses Arbeitsprogramm interessiert aber weit mehr als die Feststellung, daß sich an die Erledigung der vorgesehenen Arbeit die Auflösung des Reichstages anschließen soll. Namentlich der Reichstagspräsident, Vizekanzler, daß in jedem Falle die Neuwahlen in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfinden sollen, und der Reichstag muß sich infolgedessen beilegen, das zu erledigen, was man ihm als Arbeitsprogramm vorgelegt hat. Die Regierung hat unmissverständlich mitgeteilt, daß dieses Programm ein einheitliches Ganzes ist, das in einem Zuge verwirklicht werden muß. Man ist also zu der Auffassung zurückgekommen, daß der Etat und der Nachtragsetat für 1927, der die finanzielle Unterlage für das landwirtschaftliche Notprogramm enthält, ebenso ohne jede Abänderung wesentlicher Art angenommen werden muß wie das Kleinrentnerverordnungs- und das Schulgesetz. Demnach man heute diese Programme sehr wesentlich beeinflusst und es blieb nicht unbeachtet, daß es in der Regierungserklärung hieß: „Die Regierung verlangt es, daß jede dieser Differenzierungsgruppen die ihr angemessenen Leistungen zugewiesen und das übrige unversetzt erhalten durch Erweiterungen an einer Stelle der Tragfähigkeit des Gesamtprogramms nicht gefährdet werden.“

Angesichts der völlig ungelärten parlamentarischen Lage — der Führer des Zentrums, Dr. Brücker, daß er im Gegensatz zur Ansicht der Regierung das Kabinett nicht mehr als ein reines Übergangskabinett, sondern nur als ein geschäftsführendes betrachte — vermag man heute noch nicht zu sagen, wie nun die Einzelheiten der dem Reichstag vorgelegten Beschlüsse aussehen werden. Namentlich die sozialpolitischen Vorschläge werden vielleicht noch große Erweiterungen erfahren, aber über das Liquidationsgeschäft geht nicht mehr als ein Wort zu hören. Immer vorausgesetzt, daß die Opposition nicht alle diese Pläne in die Luft sprengt. Aber man hat den Eindruck, daß eigentlich keine Partei ein Mißtrauen übernehmen will. Vor allem nicht etwa das Scheitern des Notprogramms für die Landwirtschaft herbeiführt. Der Vizekanzler wies darauf hin, daß die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft bei der Aufhebung des Etats für 1928 zwar bekannt waren, aber in den letzten Monaten die Dinge sich krisenhaft zuspitzten. Auch bei rascher Durchführung der geplanten Maßnahmen werden dringende Notstände ein sofortiges Einsetzen öffentlicher Mittel erforderlich machen; als Notfonds hierfür werden 30 Millionen bestimmt, die gleichfalls durch den Etat 1928 zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn nun wirklich im Reichstag Schwierigkeiten sich erheben sollten, die geplanten Maßnahmen für die Landwirtschaft, die Kleinrentner, die Invaliden, die Liquidationsgeschädigten usw. durchzuführen, wenn die Opposition oder Teile der Regierungsparteien die Erledigung des Programms in dem von der Regierung gewählten Sinne behindern, so wird man doch nach der Andeutungen der Regierungserklärung damit rechnen können, daß dieses Notprogramm auf einem andern, einem außerparlamentarischen Wege durchgeführt wird. Denn die Not ist zu dringend, als daß parlamentarische Zwischenspiele Gewicht genug hätten, hemmend oder entscheidend zu wirken. Der Vizekanzler hat auf eine Anfrage hin erklärt, daß der Weg der Verordnung zunächst allerdings nur in Frage komme bei der Änderung der Reichsgrundzüge für die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge. Das ist nun ein Wink, aber einer, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Es ist schließlich wesentlich, daß der Reichstag, auch wenn er sich zum Erlernen anstellt, noch bis zum letzten Augenblick praktische, lebensnotwendige Arbeit leistet, daß aber über die Lebensnotwendigkeiten hinweg parteipolitische Interessen ein ebenso böses wie überflüssiges Spiel treiben.

Die Genfer Märztagung vor dem Reichstagskabinett.

Vorbereitungen an der Riviera.
Die deutsche Delegation, die das Reich auf der kommenden Völkerbundtagung in Genf vertreten wird, wird am Sonntag in Genf zusammenzutreffen. Staatssekretär von Schubert hat vor den Mitgliedern des Reichstagskabinetts einen Vortrag über die Vorbereitungen, die in Genf voraussichtlich zur Sprache kommen werden. Er hat sich Dienstag abend an die Riviera begeben, um dort mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann die letzten vorbereitenden Besprechungen für die Katzung abzuhalten. Stresemann und Schubert werden gemeinsam

nach Genf fahren. Dort wird Dr. Stresemann am Sonntag eintreffen.

Von Paris reist Außenminister Briand am nächsten Sonntag nach Genf zur Tagung des Völkerbundes ab. Er wird dabei zum erstenmal auch vom Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Hjalmar Berntsen, begleitet sein. Auch der englische Außenminister Chamberlain wird voraussichtlich wieder an der Genfer Tagung teilnehmen.

Der deutschen Delegation gehören an Ministerialdirektor Gaus, der bereits in Genf weilte, ferner Geheimrat von Dürren, die Ministerialdirektoren Ritter und Jedin, Geheimrat Weisfelder, der bereits an den Beratungen der Sicherheitskommission teilgenommen hat, wird voraussichtlich ebenfalls während der Völkerbundtagung in Genf bleiben. Außer den genannten Herren werden die zuständigen Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes hinzugezogen werden. Im Bedarfsfalle ist vorgesehen, daß weitere Herren aus Berlin berufen werden.

Neue französische Manöver?

Graf Bernstorff in Genf.
Der deutsche Delegierte in der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Graf Bernstorff, ist in Genf eingetroffen, um dem Ablauf der Verhandlungen des Sicherheitsausschusses beizuwohnen. Graf Bernstorff wird während der Tagung des Völkerbundes in Genf bleiben, um mit Außenminister Dr. Stresemann im Hinblick auf die Bedeutung der kommenden Tagung der Abrüstungskommission direkte Fühlung zu nehmen und Ausreden haben zu können.

In Völkerbundkreisen sind wiederum Gerüchte im Umlauf, nach denen eine Verzögerung der am 15. März beginnenden Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission erzwungen wird. Es dürfte sich hierbei um Versuche von französischer Seite handeln, die seit längerer Zeit im Gange sind. Bekanntlich wird von französischer Seite die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen von dem Gang der Sicherheitsverhandlungen abhängig gemacht und hierbei erklärt, eine Fortsetzung der Abrüstungsarbeiten sei ohne die Schaffung der notwendigen Sicherheitsgarantien nicht denkbar. Hierbei dürften jedoch die bevorstehenden französischen Wahlen eine Rolle spielen. Es veranlaßt, daß der französische Delegierte in der Abrüstungskommission, Fern-Boncour, Infolge der eintreffenden Völkerbundtagung an der Vertagung der Abrüstungsarbeiten verhindert ist und infolgedessen von französischer Seite eine Vertagung der Tagung der Abrüstungskommission angefordert werde.

Gegenüber diesen Verhören wird jedoch von deutscher Seite entsprechend der deutschen Auffassung mit großer Nachdruck eine sofortige und sachliche Weiterführung der Abrüstungsarbeiten geordert werden müssen. Die Abrüstungsaufgabe des Völkerbundes steht nach den Bestimmungen des Völkerbundes in feierlicher sachlicher Zusammenhang mit der Schaffung irgendwelcher neuer Garantien und muß mit diesen auch nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Genfer Aussprache über die Sicherheitsverträge.

Eintreffen des deutschen Vertreters.

Das Vorbereitende Sicherheits- oder Abrüstungs-Sicherheitsfrage, in, daß die Verträge in Nationalpaktens Ratte zu Defensivmitten. Schweden der Auffassung Hollands an. Auf der besprochenen Unterfertigung der Zusatzgarantien, geben könnten, berie der deutsche

Sicherheitskomitees am Sonnabend noch vor Beginn der Katzung abgeschlossen werden.

Die Restarbeiten des Reichstages.

(387. Sitzung.) OB. Berlin, 27. Februar.

Trotz der in letzter Zeit fast sichtbar stetig gestiegenen Arbeitslosigkeit des Reichstages hatten sich die Reichstagsmitglieder im letzten Augenblick einig über den Entschluß gemacht, die Regierungserklärung über das Notprogramm, mit dem der herbeistramende Reichstag seine Lebensdauer beenden soll, auf der Tagesordnung. Vizekanzler Dr. Herrig untersagte sich nach einigen einleitenden Worten über den Reichstag, aber auf dem Wege der Regierung beizubehalten, Reichsanwalt Dr. Marx der Aufgabe. Herrig betonte ausdrücklich, daß der Kanzler Marx „voll und ganz“ mit dem nun die auf den letzten Reichstagen letzten Notprogramm einverstanden sei. Das Saal quillerte mit Beifall auf die Nachricht von der baldigen Verlesung des Kanzlers, so indessen bei den Worten von dessen willigen Einverständnis hoch her und so juchende Moten auf. Die Reden der Regierung bewegten sich im großen und ganzen in den schon bekannten Linien. Bundespräsident von aber die mit großer Bestimmtheit vom Vizekanzler ausgehende Erklärung, das Notprogramm sei als unteilbar zu betrachten und würde nicht nur so von der Regierung entgegengenommen werden. Er hob sich schon hier Widerspruch, besonders bei der bisherigen Opposition, so mußte Dr. Herrig scharfe ironische Zurufe entgegennehmen, als er davon sprach, die Regierung werde sich durchs nicht als eine nur geschäftsmäßige, sondern sie präsentiere sich als durchaus ordnungsgemäß und gefestigte Leistung des Reiches. Das sei auch die Auffassung des Reichstages. Von ganz links her wurde Schandl erhoben bei den Forderungen für die Landwirtschaft und ihre Gegenüberstellung zum Ausbau der Sozialfürsorge. Präsident Dr. Herrig erwiderte, er habe sich mit dem Schluß einer angeleglichen Hilfe für die notleidenden Kleinrentner und Invaliden zufrieden und die dafür ausgesetzten Staatsetats und auch den Großgrundbesitzern überlassen, wobei sich zur Ordnung rufen. Ganz anhaltende Bewegung entstand auch auf den Sitzbänken, als der Regierungsgesandte die notwendige Befragung der Reichstagsmitglieder über 50.000 Zonen im Jahre 1928 ansetzte. Herr der Ansicht, Gabe, daß man würde sich nicht abgeben, sondern, falls das Notprogramm bis dahin erledigt wäre, schloß der Vizekanzler.

In der beginnenden Aussprache kam zuerst der Sozialdemokrat Stamper, der Geschichtschreiber des Bonapartismus, an die Reihe. Er gedachte der von dem blinden italienischen Fanatismus unterdrückten Deutschen Söldner und künftige weitere, um einladend wurde es mit dem Arbeitsprogramm doch nicht gehen, keine Partei werde auf grundsätzliche Prinzipien und jedenfalls bei der Parole stehen, dem Völkerbund den Weg der Arbeit entgegenzusetzen.

Graf Bernstorff, der Führer der Deutschnationalen, stimmte den Vorschlägen der Regierung zu, bei deren Erledigung seine Freunde aufrichtig mitarbeiten würden. Allerdings könnten sie die Notmaßnahmen für die Landwirtschaft nur als eine Entleistung, nicht als Vollendung ansehen. Denn die Verlesung der Landverträge schreie zum Himmel.

Nicht so klar waren die Äußerungen des Zentrumsführers G. Hecker, der vor allen Dingen die Formel von der gemeinsamen Regierung nicht unbedingt akzeptieren wollte. Im übrigen verhielt er sich einmütigen abwartend — erst wägen, dann waagen.

Und so ging das Angebot der Redner weiter. Die letzten werden wohl erst morgen oder übermorgen ihr Sprächlein sagen. Man kann nicht behaupten, daß heute nun schon alles deutlich ist, was sich in der nächsten Zeit ereignen wird. Überwiegend sind seine Dinge der Unmöglichkeit.

Und so ging das Angebot der Redner bis zum Schluß der allgemeinen Aussprache weiter.

Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichsanwaltschaft wird ein kommunikativer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Zinsen und die wörtlichen Gruppen abgelehnt.

Der Haushalt wird bestätigt.

Das kommunikativste Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Zentrumler abgelehnt.

Fürst Lichnowsky gestorben.

Der deutsche Kriegsgesandter in London.
Der frühere deutsche Botschafter in London, Fürst Karl Max v. Lichnowsky, ist auf seinem Schloß Anselma (Schlesien) im Alter von fast 63 Jahren gestorben.



Die regionalen Ausschüsse wird in dem Sinne der regionalen Ausschüsse für Schieds- und Vergleichsverträge, für regionale Sicherheitsverträge und außerdem verschiedene Einseitigkeitsanträge und Empfehlungen annehmen, zu deren Vermeidung der Weltausschuß am Freitag wieder zusammenzutreten wird. Nach Auffassung des Vorliegenden besteht nach der Tagung des